

C-Waffen-Experte stellt Jelzin Ultimatum

Chemiker will Staatsgeheimnis öffentlich machen/Unhaltbare Zustände bei Kampfstoff-Vernichtung

Von unserem Korrespondenten
Manfred Quiring, Moskau

Dem russischen Präsidenten Boris Jelzin ist ein Ultimatum ausgegangen. Wenn der Chemiker Wil Mirsajanow nicht bis zum 4. Februar freigelassen wird, will sein Kollege Wladimir Ugljow ein streng gehütetes Staatsgeheimnis öffentlich machen.

Er werde der Presse die geheime Formel jenes binären Kampfstoffes übergeben, an dessen Entwicklung Mirsajanow gearbeitet hat, kündigte Ugljow an, der mit seinem beispiellosen Schritt zugleich auf unhaltbare Zustände bei der Lagerung und Vernichtung veralteter Kampfstoffe aufmerksam machen will.

Der Chemiewaffenspezialist Mirsajanow befindet sich zur Zeit in Untersuchungshaft, weil er angeblich Staatsgeheimnisse ausgeplaudert hat. Als Grundlage für die Anklage dient ein Zeitungsartikel, der im September 1992 zeitgleich in der russischen Zeitschrift „Moskowskije Nowosti“ und der amerikanischen „Baltimore Sun“ unter dem Titel „Vergiftete Politik“ erschienen war.

Ohne Wissen der politischen Führung?

Darin teilten die Autoren Mirsajanow und Fjodorow mit, was Experten zwar längst vermuteten, aber nie beweisen konnten: In der Sowjetunion und danach auch in Rußland wurde trotz gegenteiliger Behauptungen von Politikern und Militärs an der Entwicklung von Binärwaffen gearbeitet. Dies ist eine besonders widerwärtige Art von chemischen Waffen. Sie bestehen aus zwei Komponenten, die einzeln völlig ungefährlich sind. Werden sie jedoch zusammengeführt, entsteht ein tödliches Gemisch. Auch die USA besitzen derartige Stoffe.

Ugljow selbst hat sich am Institut für organische Synthese 15 Jahre



Ein russischer Offizier unterweist einen Soldaten im Umgang mit chemischer Munition.

Foto:

lang mit derartigen Forschungen beschäftigt. Zuletzt war er Leiter der Gruppe, in der auch Mirsajanow und Fjodorow an der Entwicklung des Stoffes A-232 gearbeitet haben, der die Basis für den Kampfstoff darstellt. Das geschah unter strenger Geheimhaltung hinter den Institutsmauern, wahrscheinlich sogar ohne Wissen der politischen Führung.

Erst durch Mirsajanows Publikation wurde offenbar, daß Moskau die Konvention über das Verbot und die Vernichtung der Chemiewaffen von 1975 verletzte, der die Sowjetunion beigetreten war. Obwohl Präsident Jelzin zu dem Zeitpunkt bereits über ein Jahr im Amt war, reagierte der Apparat nach bewährter Manier. Nicht die Tatsache der Verletzung

einer internationalen Konvention erregte seine Aufmerksamkeit, sondern die Information darüber. Mirsajanow wurde des Geheimnisverrats angeklagt und verhaftet.

Gifte einfach in den Boden geleitet

Mirsajanows Kollege Ugljow hat mit seiner Aufsehen erregenden Aktion bislang immerhin erreicht, daß er mit Jelzins Sicherheitsberater Juri Baturin sprechen durfte. Obwohl Ugljow sich im Anschluß an das Treffen zum Fall Mirsajanow nicht äußern wollte, ließ er doch die Hoffnung auf einen erfreulichen Ausgang durchblicken.

Bei weitem weniger erfreulich – auch das war Thema des Gesprächs

– sei die Lage bei den veralteten chemischen Kampfstoffen. Ugljow zufolge überschreiten die Reserven offiziell zugegebenen 40 000 Tonnen deutlich. Die „überflüssigen“ Stoffe würden nun „mit barbarischen Methoden auf verschiedenen Testfeldern in verschiedenen Ländern, unter anderem in Schicht in der Nähe von Saratow“, vernichtet. Unter anderem würden sie gesprengt. Ugljow beruft sich dabei auf die Aussagen dort arbeitender Spezialisten.

Es gebe außerdem Aussagen von Offizieren, daß „im Verlaufe der letzten Jahre Giftstoffe einfach in den Boden geleitet oder mit Heizöl vermischt und verbrannt wurden“. Dies betreffe vor allem Stoffe wie Yperit, ein gefährliches Kontaktgift.